

## **Sinkende Kriminalität, hohe Kriminalitätsfurcht und die Bedeutung von Wohnquartieren**

Jochen Wittenberg,<sup>1</sup> Maria-Anna Hoffmann<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Deutsche Hochschule der Polizei, Münster

<sup>2</sup> Technische Universität Dresden

In Auswertungen der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik lässt sich in den letzten Jahren ein Rückgang der registrierten Kriminalität beobachten. Zugleich wird mancherorts vermutet, dass die Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung gestiegen sei. Die empirischen Belege sind hierfür weniger deutlich als die öffentliche Diskussion. Zum Teil wird ein (vermuteter) Anstieg der Kriminalitätsfurcht mit den Zuwanderungsprozessen der letzten fünf Jahre in Verbindung gebracht. Der Beitrag beleuchtet, wie die Themen Kriminalität, Sicherheitsempfinden, Stadtteilwahrnehmung und Zuwanderung kleinräumig miteinander verflochten sind.

Neben stadtweiten Analysen stehen im BMBF-Projekt SiQua (Sicherheitsanalysen und -vernetzung für Stadtquartiere im Wandel) ausgesuchte Fallstudiengebiete im Mittelpunkt. Die Einwohnerschaft dieser Stadtteile hat sich in den letzten zehn Jahren erkennbar verändert, zugleich bestehen seit langem existierende soziale Problemlagen kontinuierlich fort, Gentrifizierungsprozesse sind allenfalls teilweise erkennbar.

Der Beitrag charakterisiert die Stadtteile zunächst anhand ihrer Sozialstruktur und insbesondere anhand kleinräumiger Analysen der registrierten Kriminalitätsentwicklung (PKS-Daten). Standardisierte Befragungen erlauben im zweiten Schritt einen Überblick über Viktimisierungserfahrungen. Diese werden ebenso mit Kriminalitätsfurcht in Zusammenhang gebracht wie die Wahrnehmung des Wohngebietes durch die Einwohnerinnen und Einwohner. Hierbei wird zwischen (präventiver) sozialer Kohäsion und (potenziell furchtsteigernden) Incivilities unterschieden. Den Aspekt der Zuwanderung greifen Auswertungen auf, die die Sichtweisen verschiedener Bevölkerungsgruppen gegenüberstellen, sowie zusätzlich Zusammenhänge mit zuwanderungskritischen Einstellungen der Befragten prüfen.

Die Analysen beruhen auf standardisierten Befragungen in Berlin, Dresden und Essen. In den Fallstudiengebieten wurden jeweils zwischen etwa 700 und 1.100 Personen befragt.